

37
84

Union in Deutschland

Bonn, den 29. November 1984

Gute Aussichten für 1985:

Chancen für einen langen Aufschwung

Mit dieser Überschrift hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung am 23. November 1984 sein Jahresgutachten 1984/85 vorgelegt. Das Gutachten bestätigt in vollem Umfang, daß die Regierung Helmut Kohl mit ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik auf dem richtigen Weg ist. Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach Ansicht des Sachverständigenrates bei deutlich verbesserter Konstitution im konjunkturellen Aufwind. Die Sachverständigen unterstreichen vor allem die beeindruckenden Erfolge bei der Rückführung der Defizite der öffentlichen Hand, die Preisstabilisierung und die Wiedergewinnung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes.

„Daß die deutsche Wirtschaft auch 1985 auf expansivem Kurs bleibt, sollte nicht strittig sein. Die Voraussetzungen dafür sind so gut wie lange nicht mehr, und daß sich daran im nächsten Jahr etwas ändern könnte, halten wir nicht für sehr wahrscheinlich. ... Ein kräftiger außenwirtschaftlicher Rückenwind beflügelt nach wie vor den Export, gute Gewinne bei weitgehend stabilen Kosten und Preisen sowie sinkenden Zinsen geben Anreize für zusätzliche Investitionen, und eine zunehmende Beschäftigung schafft

(Fortsetzung auf Seite 2)

**In dieser Ausgabe
lesen Sie:**

■ PRÄSIDIUM

Jahresgutachten beweist die Richtigkeit unserer Politik Seite 3

■ JUGENDSCHUTZ

Der Videogewalt wird Einhalt geboten Seite 5

■ JUNGE UNION

Berichte vom Deutschlandtag in Berlin Seite 11

■ ZUR SACHE

Die SPD treibt ein falsches Spiel / Es geht gerechter zu beim Weihnachtsgeld (Flugblatt) Seite 14

■ DOKUMENTATION

Ignaz Kiechle: Auf dem richtigen Weg / Neuausrichtung der Agrarpolitik grüner Teil

Wenn heute Wahl wäre: Koalition vorn!

Wenn heute Bundestagswahl wäre, bekämen die CDU/CSU 47 Prozent, die SPD 38 Prozent, die FDP fünf Prozent und die Grünen neun Prozent, sagt die neueste EMNID-Umfrage: keine wesentlichen Veränderungen gegenüber Anfang November.

(Fortsetzung von Seite 1)

wieder Spielraum für eine Ausweitung des privaten Verbrauchs.“ (Ziffer 256)

Im einzelnen geben die „fünf Weisen“ für 1985 folgende Prognosen:

— Das **reale Wirtschaftswachstum** wird 1985 im Jahresdurchschnitt reichlich drei Prozent betragen.

— Das **Exportgeschäft** wird auch 1985 schwungvoll sein. Die Warenausfuhr wird um sieben Prozent steigen.

— Im Verlauf des Jahres 1985 wird die **gesamtwirtschaftliche Produktion** um fast vier Prozent zunehmen.

— Bei den **Ausrüstungsinvestitionen** rechnen die Sachverständigen 1985 mit einer Zunahme um zehn Prozent.

— Auch 1985 bleiben die **Preise** weiterhin stabil. Sie werden wie 1984 nur um zwei Prozent steigen. Für das Jahresende 1985 erwarten die Sachverständigen sogar nur einen Preisanstieg zwischen 1,5 und zwei Prozent.

— Auch auf dem **Arbeitsmarkt** geht es aufwärts. Im Verlauf des nächsten Jahres werden rund 250 000 bis 300 000 Personen zusätzlich eine Beschäftigung finden. Die Arbeitslosigkeit wird danach im Jahresverlauf um knapp 200 000 und im Jahresdurchschnitt um reichlich 100 000 zurückgehen.

— Die bessere Beschäftigungslage wird zu einem Anstieg der **verfügbaren Einkommen** und des **privaten Verbrauchs** führen. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden 1985 um 4,5 Prozent zunehmen; der private Verbrauch wird 1985 um 2,5 Prozent steigen. (1984 betrug der Anstieg nur ein Prozent.)

Als besonders wichtig für die positive konjunkturelle Entwicklung sehen die Sachverständigen an, **daß die Unternehmen wieder auf verlässliche Rahmenbedingungen des Staates vertrauen können**: „Noch wichtiger erscheint uns aber

zu sein, daß die Unternehmen einen Anlaß haben, die Verbesserung der Investitionsbedingungen nicht nur als vorübergehend anzusehen. **Die überschaubaren Rahmenbedingungen sind günstig. Vor allem müssen die Unternehmen nicht mehr wie in früheren Jahren fürchten, daß ihre Zukunftspläne durch eine neuerliche Stabilisierungskrise gestört werden.**“ (Ziffer 269)

Ihr positives Gesamturteil fassen die Sachverständigen in der Feststellung zusammen, daß die deutsche Wirtschaftspolitik „**in den vergangenen Jahren vor allem den Weg der Solidität gegangen ist. Sie hat damit die Vergangenheit aufgeräumt und eine bessere Zukunft vorbereitet...**“ (Ziffer 335)

Das schreibt die Presse

Noch vor Beginn der Adventszeit hat der volkswirtschaftliche Sachverständigenrat den Bundesbürgern eine frohe Botschaft zu übermitteln. Die „fünf Weisen“ gehen in ihrem neuesten Jahresgutachten davon aus, daß das Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr nach Abzug einer Inflationsrate von nur zwei Prozent dann real reichlich drei Prozent ausmachen wird.

Kölnische Rundschau, 24. November 1984

Ihrer Prognose sind die Weisen diesmal so sicher, daß sie erstmals seit langem auf Alternativrechnungen verzichten. Von den Investitionen versprechen sie sich 1985 das konjunkturpolitische Heil. Stiegen sie tatsächlich so stark, wie vom Rat vorhergesagt, die Konjunktur trüge sich selbst.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 24. November 1984

Das Gutachten ist eine Fundgrube für erfreuliche Nachrichten. Die „fünf Weisen“ sehen nicht nur günstige Zukunftsaussichten, sie lobten auch den bisherigen soliden wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs der Bundesregierung. Was Wunder, daß sich der Kanzler durch das Gutachten unterstützt und bestätigt fühlt.

ZDF, 23. November 1984

■ PARTEI

Präsidium: Jahresgutachten beweist die Richtigkeit unserer Politik

Das Präsidium der CDU hat am Montag, 26. November, unter der Leitung des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, das Gutachten des Sachverständigenrates über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung für das Jahr 1985 diskutiert. Die positive Prognose der unabhängigen Sachverständigen unterstreicht nach Auffassung des Präsidiums die Richtigkeit der von der Koalition der Mitte betriebenen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

Das Gutachten bestärkt die CDU in der festen Absicht, die Gesundung der öffentlichen Haushalte konsequent zu verwirklichen, durch eine weiter rückläufige Neuverschuldung eine weitere Zinssenkung zu fördern und so die Rahmenbedingung für private Investitionen zu verbessern. Diese Politik bietet die Gewähr dafür, daß der mit dem Regierungswechsel 1982 eingeleitete wirtschaftliche Aufschwung auch im nächsten Jahr anhält.

CDU begrüßt Wiederaufnahme der Abrüstungsgespräche

Das Präsidium begrüßte die bevorstehende Wiederaufnahme der Abrüstungsgespräche zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Die CDU sieht hierin eine Bestätigung der konsequenten Politik der Bundesregierung, an beiden Elementen des NATO-Doppelbeschlusses festzuhalten. In dieser Situation kommt dem Gespräch, das Bun-

deskanzler Helmut Kohl noch in dieser Woche mit dem amerikanischen Präsidenten führen wird, besondere Bedeutung zu.

Für einen sozialen Ausgleich

Der stellvertretende CDU-Vorsitzende und Bundesfinanzminister, Gerhard Stoltenberg, gab einen Zwischenbericht über den Stand der Koalitionsberatungen über die Konsequenzen, die aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Investitionshilfeabgabe zu ziehen sind. Diese Beratungen sollen zügig fortgesetzt und möglichst bald abgeschlossen werden, damit der Koalition umgehend Vorschläge für eine Entscheidung gemacht werden können.

Das Präsidium der CDU erinnerte daran, daß CDU und CSU in ihrem gemeinsamen Wahlprogramm von 1983 beschlossen hatten, die Investitionshilfeabgabe nicht zurückzuzahlen. Die CDU hält das Ziel dieser Aufgabe, einen sozialen Ausgleich herbeizuführen, nach wie vor für richtig, auch wenn der Weg dazu nach Meinung des Verfassungsgerichts gegen das Grundgesetz verstößt. Deshalb muß eine Lösung gefunden werden, die sowohl rechtlich unumstritten als auch sozial gerecht ist. Das Präsidium unterstrich die Notwendigkeit, die Regierungsvorlage zur Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer termingerecht in die parlamentarischen Beratungen einzubringen und zu verabschieden.

■ BAUWIRTSCHAFT

Kein neues Sonderprogramm zur Belebung der Baukonjunktur

Das Sonderprogramm der Bundesregierung vom Herbst 1982 zur Belebung der Baukonjunktur war ein voller Erfolg. Jedem Verantwortlichen in Bauwirtschaft und Politik war jedoch klar, daß damit nicht die Strukturprobleme dieses Wirtschaftszweiges insbesondere im Wohnungsbau gelöst wurden. Die Fertigstellungszahlen dieses Jahres, die bei knapp 400 000 Wohnungen liegen werden, dürften in den nächsten Jahren nicht mehr erreicht werden, zumal der Bedarf an neuen Mietwohnungen sichtlich zurückgegangen ist, erklärt der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy.

Ein neues Sonderprogramm des Bundes wird es daher nicht geben. Allerdings ist sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bewußt, daß der Kapazitätsabbau im Wohnungsbau abgedeckt werden muß, um schwerwiegende betriebliche und soziale Probleme zu vermeiden. Solche flankierenden Maßnahmen sind unter anderem:

1. Die Städtebauförderungsmittel für 1982, die bereits 1984 von 220 Mio. DM auf 280 Mio. DM erhöht wurden, werden um weitere 50 Mio. DM aufgestockt. Angesichts des hohen Bedarfs und des hohen Multiplikatoreffektes durch Länder, Gemeinden und Bürger dürfte dies ein

zusätzliches Bauvolumen von etwa 400 Mio. DM auslösen.

2. Die Festlegungsfrist für Bausparverträge wird von 10 auf 7 Jahre reduziert. Die Attraktivitätssteigerung des Bausparens wird zu einem erhöhten Geldeingang und zu verbesserten Zuteilungsbedingungen bei den Bausparkassen führen. Dieses wiederum führt zur schnelleren Realisierung von Wohnungseigentumsmaßnahmen.

3. Die maximal geförderten Herstellungskosten bei selbstgenutztem Wohneigentum (heute § 7b EStG) werden von 200 000 auf 300 000 DM erhöht. Das Baukindergeld von 600 DM im Jahr wird auf das erste Kind ausgedehnt.

4. Das Wohngeld zur Erhöhung der Mietkaufkraft soll statt zum 1. Juli 1986, wie es die Bundesregierung mittelfristig vorgesehen hatte, bereits zum 1. Januar 1986 wesentlich erhöht werden.

5. Durch die Konsolidierungserfolge der Bundesregierung sowie die verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wird im nächsten Jahr nicht nur der Wirtschaftsbau weiterwachsen, sondern auch der öffentliche Bau etwa um 3 Prozent zunehmen.

Stoltenberg: Wir sind Weltmeister der Stabilität

Der schleswig-holsteinische CDU-Landesvorsitzende, Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, hat auf dem 37. Parteitag der CDU Schleswig-Holsteins in Harslee bei Flensburg die GRÜNEN und die „neuen Linken in der SPD“ scharf angegriffen. „Es ist an der Zeit, für geistige Klarheit zu sorgen und sich mit diesen Leuten nachhaltig auseinanderzusetzen“, sagte Stoltenberg. Wirtschaftspolitisch bezeichnet der Finanzminister die Bundesrepublik heute als „Weltmeister der Stabilität“.

JUGENDSCHUTZ

Der Videogewalt wird Einhalt geboten

Die Bemühungen der Regierungskoalition, den Jugendschutz wirksamer zu gestalten, zeigen Erfolg. Die Beratungen eines Gesetzentwurfes zur Neuregelung des Jugendschutzes in der Öffentlichkeit wurden jetzt im zuständigen Bundestagsausschuß abgeschlossen, so daß die Verabschiedung schon Anfang Dezember im Deutschen Bundestag erfolgen kann.

Bei der Verbesserung des derzeitigen Jugendschutzgesetzes steht die Bekämpfung der exzessiven, menschenverachtenden Gewalt- und Horrorfilme im Mittelpunkt. Diese Videofilme, in denen Menschen vergewaltigt, skalpiert, zerstückelt oder verspeist werden, gefährden die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Sie bewirken nachgewiesenermaßen bei Kindern Schockzustände, Ängste, Verhaltensstörungen und Aggressionen. Da diese Videofilme Gewalt als erfolgreiches Mittel zur Regelung von Konflikten anpreisen, wird Kindern und Jugendlichen suggeriert, Konflikte seien durch den Einsatz von Gewalt zu lösen.

Wie dringend der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor solchen Videofilmen inzwischen geworden ist, zeigen die vielen Unterschriftenaktionen, an denen sich Hunderttausende besorgter Bürger beteiligt haben. Es kann nicht länger hingenommen werden, daß von skrupellosen Geschäftemachern brutale Gewalt zum Selbstzweck erhoben und die Menschenwürde mit Füßen getreten wird.

Um einen wirksamen Jugendschutz sicherzustellen, sieht der Gesetzentwurf

insbesondere die folgenden Maßnahmen vor:

— Bespielte Videokassetten erhalten durch die obersten Landesjugendbehörden eine **Altersfreigabe**. Sie werden durch ein fälschungssicheres Siegel entsprechend gekennzeichnet. Damit in Zukunft bei allen Freigabe-Entscheidungen Jugendschutzinteressen gewahrt bleiben, erhalten die Landesbehörden in dem bei der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) angesiedelten Arbeitsausschuß (Eingangsinanz) den Vorsitz und die Stimmenmehrheit im Hauptausschuß (Berufungsinanz).

— Nach dem Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (GjS) bestehen für offensichtlich schwer jugendgefährdende Filme bereits heute Vertriebs- und Werbebeschränkungen. Mit den künftigen Bestimmungen ist für einschlägige Videofilme zusätzlich ein **Verleihverbot** vorgesehen. Die Folge: Solche Filme dürfen nur noch an Erwachsene in bestimmten — Kindern und Jugendlichen unzugänglichen — Ladengeschäften verliehen werden.

— **Die Verschärfung des bestehenden § 131 StGB ermöglicht ein generelles Herstellungs-, Import- und Vertriebsverbot der grausamsten und brutalsten Videofilme.** Künftig wird nicht mehr nur die Verherrlichung oder Verharmlosung von Gewalt strafbar sein, sondern auch das Schildern grausamer und unmenschlicher Gewalttätigkeiten in einer die Menschenwürde verletzenden Weise.

Der § 131 StGB ist so formuliert, daß er bei der Beurteilung von Videofilmen so-

■ SPD

Bäumer greift Rau an: Stimmung bei Sympathisanten „auf Null“

Die in vielen nordrhein-westfälischen Kommunen entstandenen Bündnisse der Sozialdemokraten mit den Grünen lassen nach Auffassung des ehemaligen Landwirtschaftsministers Bäumer (SPD) „das Ende der SPD gewachsener traditioneller Prägung bedrohlich näherkommen“.

In einem Brief an die vier SPD-Ortsvorsitzenden seines Landtagswahlkreises Niederberg (Velbert und Wülfrath) schreibt Bäumer, einer der bekanntesten Sozialdemokraten an Rhein und Ruhr, seine Partei bewege sich mit ihren rot-grünen Bündnissen „aus gesicherten, traditionellen Grundvorstellungen hinaus in unbekanntes Milieu und ungewohntes Terrain“. Dadurch würden sich die Bindungen der SPD zu ihren herkömmlichen Wählergruppen lockern und die Stimmung im Lager ihrer Sympathisanten „auf Null sinken“.

wohl dem im Grundsatz verankerten Zensurverbot als auch der grundgesetzlich geschützten Würde des Menschen gerecht wird. Die Wertordnung der Bundesrepublik Deutschland gründet sich auf die Unantastbarkeit der Menschenwürde. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Das Grundgesetz kennt keine bindungslose, es kennt nur eine verantwortete Freiheit. Meinungsfreiheit, Freiheit der Kunst wie auch das Recht zur Selbstentfaltung der Persönlichkeit finden dort ihre Grenzen, wo

Bäumer, der 14 Jahre lang Vorsitzender des drittgrößten SPD-Bezirks Niederrhein war, erklärt seinen Verzicht auf eine erneute Landtagskandidatur, weil er diese „besonders opportunistische und schädliche“ Politik der SPD an Rhein und Ruhr nicht mittragen könne. In diesem Zusammenhang richtet er schwere Vorwürfe vor allem an den SPD-Landesvorsitzenden Ministerpräsident Rau, der im September in diesem Zusammenhang „gegen Tabuzonen“ Stellung genommen habe. Dies hätten Sozialdemokraten „vor Ort“ nur so verstehen können, daß die alte Festlegung der Landes-SPD gegenüber den Grünen, nach der noch 1983 Bündnisangebote ausdrücklich ausgeschlossen wurden, von Rau aufgegeben „und ins Gegenteil verkehrt worden ist“.

„Dadurch verliert die SPD in Nordrhein-Westfalen immer mehr und immer weiter an Glaubwürdigkeit.“ In der Umweltpolitik sei die SPD an Rhein und Ruhr seit Ende 1983 nicht nur zweitklassig, sondern laut zweier Umfragen sogar dritte Wahl nach den Grünen und noch hinter der CDU geworden. Obwohl er — Bäumer — den SPD-Landesparteitag gebeten habe, sich dieser bedrohlichen Entwicklung anzunehmen, sei so gut wie nichts geschehen. „Inkonsequenz und Inkompetenz werden sichtbar. Zuverlässigkeit und Glaubwürdigkeit gingen verloren.“

die Würde des Menschen verletzt wird. Genau dies aber geschieht in jenen brutalen Filmen, die gegenwärtig noch zu Tausenden in Videotheken auch an Kinder und Jugendliche ausgeliehen werden. Die Abstimmung im Deutschen Bundestag über die neuen gesetzlichen Bestimmungen wird eine Nagelprobe darauf sein, ob es unbeschadet aller politischen Meinungsunterschiede noch einen Konsens der verantwortlichen Kräfte auf der Grundlage der Achtung vor der Menschenwürde gibt.

■ EVP-POLITIK

Ausbau des Währungssystems und Abbau der Subventionen sind Schwerpunkte der Arbeit

Die EVP-Fraktion ist entschlossen, für ihre Arbeit in der neuen Legislaturperiode Schwerpunkte zu setzen. Sie drängt außerdem darauf, daß das Europäische Parlament seine Arbeitsabläufe strafft und, wo nötig, reformiert, um dadurch politisch wirksamer zu werden und in der Öffentlichkeit schärfere Konturen zu gewinnen. Dazu gehören auch neue Ansätze in der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit, erklärte der Vorsitzende der EVP-Fraktion, Egon Klepsch.

Die EVP-Fraktion wird folgende Schwerpunkte setzen:

1. Zur mittelfristigen Wiedergewinnung und Vollendung des Binnenmarktes auf der Basis der Römischen Verträge und zur langfristigen Erweiterung der Zollunion zur Wirtschafts- und Währungsunion treten als kurzfristige Prioritäten:

— Ausbau des Europäischen Währungssystems;

— Abbau von Subventionen, die den Leistungswettbewerb verzerren;

— Beseitigung der kostspieligen Handelshemmnisse im grenzüberschreitenden Warenverkehr. Der fast völligen Abschaffung der Grenzkontrollen im Personenverkehr muß die Liberalisierung des Güterverkehrs rasch folgen.

Das Ziel heißt: Freier Personen- und Warenverkehr in der Gemeinschaft.

2. Beim Agrarmarkt kommen wir um einen stufenweisen Abbau der teuren Überschußproduktionen auf dem Milchsektor, aber in Zukunft auch bei anderen Produkten (Olivenöl!) nicht herum. Gerade weil wir Christlichen Demokraten ja sagen zum integrierten Agrarmarkt, weil wir uns weigern, die Landwirtschaft zum Prügelknaben für die Fehlentwicklungen in der EG zu machen, sind wir für behutsame, aber wirksame Veränderungen der EG-Agrarpolitik. Dabei hat die Stärkung des bäuerlichen Familienbetriebes für uns sozialen und gesellschaftspolitischen Vorrang.

3. In der Arbeitsplanung der EVP-Fraktion hat die Einführung neuer Gemeinschaftspolitiken einen hohen Stellenwert. Von der Fähigkeit der Gemeinschaft, neue Kompetenzen zu gewinnen, wird entscheidend die Zustimmung der Bürger zu Europa abhängen: — Unter dem Leitsatz „Umwelt, Technologie, Arbeit“ hält die EVP-Fraktion es für zwingend geboten, daß die Gemeinschaft Zuständigkeit und finanzielle Mittel für eine europäische Umweltschutz- und Technologiepolitik erhält. Mit der Verbindung von Umweltschutz, Technologie, Arbeit macht die EVP-Fraktion zugleich eine klare politische Aussage gegenüber falschen Alternativen rot-grüner Bewegungen.

— Die Einbeziehung der Sicherheitspolitik als Bestandteil der europäischen Friedenspolitik in die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) muß — entspre-

chend der Absichtserklärung des Stuttgarter Gipfels — rasch vollzogen werden. Es gilt, die europäische Säule der Allianz zu stärken. Eine abgestimmte Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik ist die Bedingung dafür, daß die Stimme Europas in der Welt gehört wird. Das Parlament muß seine Initiativen auf diesem Gebiet fortsetzen und verstärken.

4. Im institutionellen Bereich geht es langfristig um die Schaffung eines europäischen Verfassungsstaates auf der Grundlage des Vertragsentwurfs zur Gründung der Europäischen Union, den das Europäische Parlament am 14. Februar 1984 mit großer Mehrheit verabschiedet hat. Kurzfristig sind die Kompetenzen des Europa-Parlaments so zu erweitern, daß die „demokratiefreien Räume“ ausgefüllt werden. Dazu gehört:

- Mitwirkungsrecht des Parlaments bei der Einsetzung der EG-Kommission,
- volles Budgetrecht und
- Ratifizierung von Verträgen mit Nicht-EG-Staaten.

Nicht der Langsamste darf das Tempo bestimmen

Zum Schluß ein Wort zum „Europa der zwei Geschwindigkeiten“: Wir müssen mit diesem Begriff vorsichtig umgehen. Unsere Aufgabe ist es, die Zehnergemeinschaft und — ab 1986 mit Spanien und Portugal die Gemeinschaft der zwölf — insgesamt funktionsfähig zu erhalten und fortzuentwickeln. Dabei sind pragmatische Lösungen ohne Beteiligung aller — Beispiel: freie Fahrt an der deutsch-französischen Grenze — durchaus möglich. Deutlich aber muß auch sein: Das langsamste Schiff darf auf die Dauer nicht Geschwindigkeit und Richtung des Konvois bestimmen. Ein Schritt vorwärts auf die Politische Union hin darf an den Blockierern nicht scheitern.

Europäische Abrüstungsoffensive

Auch nach der zweiten Direktwahl des Europäischen Parlaments drängen die Christlichen Demokraten auf eine immer engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit der EG. Der neugewählte Vorsitzende des Unterausschusses „Sicherheit und Abrüstung“ des Parlaments, der CDU-Europaabgeordnete Hans-Gert Pöttering, nannte die Schwerpunkte der künftigen Arbeit dieses Ausschusses:

Unmittelbar nach der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments im Jahre 1979 haben die Christdemokraten — gegen den erbitterten Widerstand von rechts und linksaußen — Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik im Europäischen Parlament aufgegriffen. Inzwischen geht die große Mehrheit der Fraktionen diesen Weg mit uns. So wurde jetzt einstimmig ein Unterausschuß „Sicherheit und Abrüstung“ eingesetzt. Der Unterausschuß wird vorrangig vier Themen beraten:

1. Stärkung der Rolle Europas als gleichberechtigter Partner der USA im westlichen Bündnis. Europa muß in Sicherheitsfragen mit einer Stimme sprechen.
 2. Gemeinsame Position der Europäer bei Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen. Europa ist hiervon am meisten betroffen.
 3. Beitrag zu einer Politik wirklicher Entspannung mit dem Warschauer Pakt auf der Grundlage militärischen Gleichgewichts und vertrauensbildender Maßnahmen.
 4. Förderung der europäischen Abrüstungskoooperation, um wirksamer und kostengünstiger zu handeln.
- Europa darf seine Sicherheitspolitik nicht im Gegensatz zu den USA, sondern muß

sie im Rahmen des westlichen Bündnisses entwickeln. Ein stärkeres Gewicht der Europäer liegt auch im Interesse der USA, da es Europa zu einem verlässlichen, kalkulierbaren und gleichberechtigten Partner macht. Die sicherheitspolitische Arbeit des Europäischen Parlaments steht auch nicht in Konkurrenz zur Westeuropäischen Union. Vielmehr sollen die Bemühungen der WEU gefördert und ergänzt werden. So ist auch eine engere Verzahnung von Europaabgeordneten und Vertretern in der Versammlung der WEU erforderlich.

Die EG als größte Handelsmacht der Erde muß auch in der Außen- und Sicherheitspolitik ein größeres Gewicht entwickeln, nicht als eine zukünftige Weltmacht, sondern als eine auf Mäßigung und Interessenausgleich bedachte Gemeinschaft, die als fester Bestandteil des westlichen Bündnisses ihre Verantwortung für Frieden und Freiheit wahrnimmt.

Die Fraktion der Europäischen Volkspartei tritt für eine europäische Offensive zur Herbeiführung wirksamer Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen ein. Wir fordern die Außenminister der zehn EG-Staaten zu Initiativen gegenüber der UdSSR und den USA für Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen auf.

Zwischen beiden Supermächten muß über alle vorhandenen und geplanten Waffensysteme — nukleare, konventionelle, chemisch-bakteriologische und solche für den Einsatz im Weltraum — unverzüglich verhandelt werden. Wir Europäer sollten diese Verhandlungen mit Selbstbewußtsein und Gelassenheit begleiten und bereit sein, mehr Verantwortung zu übernehmen.

Worms verlangt ein klärendes Wort von Rau

Der nordrhein-westfälische Oppositionsführer Bernhard Worms (CDU) hat die unverzügliche Aufklärung über Behauptungen verlangt, nach denen die Regierung

Rau im Interesse des Flick-Konzerns positiven Einfluß auf die von der früheren Bundesregierung gewährten Steuerbefreiungen genommen habe und daß im Gegenzug die Flick-Gruppe für solche Bemühungen Zahlungen an die SPD oder der SPD nahestehenden Institutionen geleistet habe. Worms rief Ministerpräsident Rau (SPD) auf, dazu selbst ein klärendes Wort zu sagen.

Die Öffentlichkeit habe einen Anspruch darauf, „unverzüglich zu erfahren, wer und in welchem Ausmaß von den früheren und heutigen Regierungsmitgliedern der nordrhein-westfälischen Landesregierung an Steuerbefreiungen für den Flick-Konzern mitgewirkt“ habe. Ebenso müsse Rau für Aufklärung sorgen, ob Zahlungen der Firma Flick an Sozialdemokraten oder der SPD nahestehenden Institutionen in Zusammenhang mit der Steuerbefreiung stünden. Die in Düsseldorf erscheinende „Rheinische Post“ hatte berichtet, daß sich neben Rau verschiedene Minister „für Flick in Bonn eingesetzt“ hätten. Die Landesregierung hat dies dementiert.

Helmut Kohl: Es bleibt beim Kohle-Vertrag

Der sogenannte „Jahrhundertvertrag“ zur Verstromung der heimischen Kohle in der Elektrizitätsgewinnung bis 1995 stehe für seine Regierung „nicht zur Disposition“, hat Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Grußwort zur Eröffnung des Gewerkschaftskongresses der IG Bergbau und Energie in Dortmund versichert. Er sei sicher, sagte der Kanzler unter dem Beifall der 300 Delegierten, daß es von seiten der CDU weder im Bundestag noch im Bundesrat eine Mehrheit gegen den Jahrhundertvertrag geben werde. Die Sicherung der Energieversorgung sei eine nationale Aufgabe, von deren Erfüllung die Sicherung der industriellen Existenz unseres Landes abhängt.

■ DIE GRÜNEN

IG-Bau-Chef warnt

Bild-Interview mit Konrad Carl

Bild: Viele Sozialdemokraten wie Hessens Börner und auch Gewerkschafter wie IG-Metall-Vorstandsmitglied Janzen setzten sich für Koalitionen mit den Grünen ein...

Carl: Ich bin dagegen. Die Grünen sind eine unberechenbare, kompromiß- und damit politikunfähige Bewegung. Deshalb wird jede Zusammenarbeit mit den Grünen zu einem unkalkulierbaren Risiko — und das auch noch unter dem Druck permanenter Erpressung und der jederzeit möglichen Verweigerung durch die Grünen. Eine solche Politik kann unserem Land und vor allem den Arbeitnehmern nicht zugemutet werden.

Bild: Ist denn der Einsatz der Grünen für die Umwelt nicht wichtig?

Carl: Natürlich ist Umweltschutz für unsere Zukunft unerlässlich. Die Grünen verhindern aber eine sinnvolle Verbindung von Umweltschutz und Wirtschaft. Man kann doch nicht gleichzeitig den Ausstieg aus der Kernenergie und aus der Braunkohle fordern. Und ein bedingungsloses Tempolimit verringert die Exportchancen für unsere Automobilindustrie.

Bild: Welche Folgen hätte es, wenn die Grünen die Wirtschaftspolitik mitbestimmen könnten?

Carl: Dann wären bei uns zusätzlich Hunderttausende von Arbeitsplätzen in Gefahr. Denn die Grünen wollen ganz auf Wirtschaftswachstum verzichten, weil es angeblich die Umwelt zu sehr belastet. Damit aber verzichten sie auf das wichtigste Mittel zum Abbau der Arbeitslosigkeit. Hinzu kommt: Fehlendes Wirtschaftswachstum hat Einkommensverluste und schmerzhaftes Kürzungen der Sozialleistungen für Arbeitnehmer zur Folge. Eine solche Politik geht nicht mit den Gewerkschaften.

Doppelte Moral

Zu der von den Grünen geforderten Abschaffung der Straftatbestände zur Terrorismusbekämpfung erklärt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Laufs: So einfach ist das also mit der doppelten Moral: Da laufen SPD und Grüne seit Monaten gegen eine von den Finanz- und Strafgerichten zu entscheidenden rückwirkenden Anwendung des neuen Parteienfinanzierungsgesetzes Sturm. Da führt sich die Opposition bei jeder sich bietenden Gelegenheit als Hüter des Rechtsstaates gegen eine derartige, angeblich verderbliche Entwicklung auf.

Wenn es aber darum geht, Strafverfahren gegen Leute aus den eigenen Reihen wegen krimineller Unterstützung terroristischer Vereinigungen in Schutz zu nehmen, fordert man einfach die Streichung der einschlägigen Straftatbestände. Solches geschieht jetzt in Bonn, wo die Grünen einen Gesetzentwurf zur Streichung des § 129 a StGB eingebracht haben, nachdem ihre beiden Europa-Parlamentarier Härlin und Klöckner wegen Nachdrucks von Bekennerbriefen und Papieren der Revolutionären Zellen in Berlin zu Freiheitsstrafen, die allerdings noch nicht rechtskräftig sind, verurteilt wurden. Der Einfachheit halber haben die Rechtsanwälte der beiden Abgeordneten gleich die Formulierung des Gesetzentwurfs übernommen. Ein bemerkenswertes Beispiel, wie einschlägiger Sachverstand in die Gesetzgebung einfließt.

Schlimm ist einmal das entlarvende Selbstbedienungsdenken bei den Grünen und das Fehlen jeder kritischen Reaktion in der Öffentlichkeit zu diesem unerhörten Projekt. Noch schlimmer ist, daß die SPD schon vorher im Zuge ihres Liebeswerbens um die Grünen einen Gesetzentwurf zur Einschränkung des § 129 a StGB eingebracht hat.

DEUTSCHLANDTAG DER JUNGEN UNION

Die Deutschen sollen einander näherkommen

Der diesjährige Deutschlandtag der Jungen Union (JU) Deutschlands am 23. bis 25. November 1984 wird den 330 Delegierten als ein Kongreß in Erinnerung bleiben, auf dem kontrovers, offen und fair diskutiert wurde. „Die Deutschen sollen einander näherkommen“ hieß das Motto der Bundesdelegiertenversammlung. Dieses Leitwort drückt aus, welches das deutschlandpolitische Ziel der JU ist: Nicht vorrangig die Diskussion über Grenzen, sondern der Wunsch, konkret die Begegnung und Verständigung der Menschen hüben und drüben zu fördern.

Im Hinblick auf die polnische Westgrenze bekräftigte der Deutschlandtag, daß die Ostverträge eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland nicht vorwegnehmen und keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen geschaffen haben. Weiter heißt es:

„Die Junge Union setzt sich dafür ein, daß im Rahmen einer friedensvertraglichen Regelung das Heimatrecht von Millionen Polen nicht in Frage gestellt wird. Die Junge Union spricht sich für eine künftige Politik zwischen Deutschland und Polen sowie der Sowjetunion aus, die im Rahmen gesamt-europäischer Lösungen Grenzfragen und Hoheitsfragen unbedeutender werden läßt. Die Junge Union drängt daher auf ein Volksgruppenrecht (insbesondere die Verwirklichung der Menschenrechte nach der Bürgerrechtskonvention) für die Deutschen in der Volksrepublik Po-

len — in gleicher Weise, wie wir es für alle osteuropäischen Staaten fordern. Die Junge Union tritt für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen in gleicher Weise wie des polnischen Volkes ein.“

Bei allem Ringen um die Grundlagen unserer Deutschlandpolitik hat die Delegiertenversammlung eines nicht aus dem Auge verloren: die Frage, wie wir den Menschen, unseren Landsleuten, helfen können. Dafür hat die Junge Union in ihrem Beschluß zahlreiche Perspektiven aufgezeigt, z.B. die Forderungen nach mehr menschlichen Begegnungen und nach einem innerdeutschen Jugendwerk sowie die Forderung nach Abschaffung von Schießbefehl und Selbstschußanlagen.

Aus Zeitgründen konnte das umfassende Thesenpapier nicht verabschiedet werden. Die JU wird die Beratung im zweithöchsten Gremium, dem Deutschlandrat, weiterführen und konkrete deutschlandpolitische Projekte angehen, wie die Hilfe für Umsiedler aus der DDR und den nachhaltigen Einsatz für mehr Kontakte über die Grenzen hinweg.

Der JU-Bundesvorsitzende, Christoph Böhr, hatte zur Eröffnung des Deutschlandtages das Selbstverständnis der JU mit dem Satz umschrieben, sie sei der kritische Widerpart der Regierung. Dieses Rollenverständnis wurde vor allem in einer Diskussion mit Generalsekretär Heiner Geißler deutlich, in der die Delegierten zahlreiche Kritikpunkte anmeldeten. Heiner Geißler nutzte die Gelegenheit, so manches Informationsdefizit aufzufüllen und Vorurteile abzubauen.

Höhepunkt des Deutschlandtages war die dreistündige Diskussion mit dem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, der sich den Anfragen der Delegierten stellte. Er machte vor allem deutlich, daß die im Zusammenhang mit den innenpolitischen Turbulenzen der vergangenen Wochen veröffentlichte Meinung oft im Kontrast zur wirklichen öffentlichen Meinung steht.

Ein Ergebnis der Diskussion mit Helmut Kohl und Heiner Geißler war, daß viele in der Jungen Union sich eine zwar harte, aber differenziertere Auseinandersetzung mit den Grünen wünschen. In seiner Grundsatzrede war Christoph Böhr auf diese Problematik eingegangen. Er betonte, daß nicht die Verteufelung des politischen Gegners Strategie der Union sein dürfe, vielmehr müsse die eigene Attraktivität gesteigert werden.

Schließlich wurde die Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert, anstelle der vom Bundesverfassungsgericht aufgehobenen Zwangsanleihe „Maßnahmen zu ergreifen, um die soziale Symmetrie der Einsparungen zu gewährleisten“. Dabei solle auch an Ausgleichsmöglichkeiten im Rahmen der Steuerreform gedacht werden.

Keine Alternative zu neuer Technologie

Wissenschaft und Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland haben nach Überzeugung von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber (CDU) keine andere Wahl, als neue Techniken komplett zu entwickeln und möglichst schnell anzuwenden. Anderenfalls würden diese Technologien importiert, betonte der Politiker bei einer Fachtagung der nordrhein-westfälischen CDU in Bochum. Dies aber hätte für ein so exportabhängiges Hochlohnland wie die Bundesrepublik unabsehbare Folgen — auch auf dem Arbeitsmarkt.

■ UMWELTSCHUTZ

Rau hat von Späth gelernt

Zur Selbstverpflichtung der Stromunternehmer in Nordrhein-Westfalen, die Kraftwerke schneller und besser zu entgiften, erklären der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ludwig Gerstein, und Paul Hoffacker, Vorsitzender des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit:

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, ist bei seinem baden-württembergischen Kollegen, Lothar Späth, in die Lehre gegangen und hat sie erfolgreich abgeschlossen, denn endlich hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen erkannt, daß nicht das Waldpfennig-Gesetz oder das 4-Milliarden-Programm zur Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen noch das Sondervermögen Arbeit und Umwelt zu Erfolgen bei der Schadstoffreduzierung führen wird.

Rau, Farthmann und Matthiesen haben sich darauf besonnen, mit den nordrhein-westfälischen Energieversorgungsunternehmen in einen Dialog zu treten und in Zusammenarbeit mit diesen einen Emissionsminderungsplan zu erstellen. Nicht staatliche Investitionsprogramme noch das Drohen mit weiteren Verschärfungen führen zu Erfolgen, sondern die Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten ermöglicht eine schnelle Verminderung der Schadstoffe.

Es kann jetzt nur gehofft werden, daß die Landesregierung Nordrhein-Westfalen nicht wieder von dieser, von der CDU schon seit langem vertretenen Linie abkommt.

„Friedensbewegung“ in der Krise

Die „Friedensbewegung“ ist unversehens in eine Krise geraten. Der Grund: Der größte Teil der ihr angehörenden christlichen Gruppen hat die Mitarbeit im sogenannten „Koordinierungsausschuß“ aufgekündigt. Vorher war ihr Antrag, den Ausschuß in ein „Beratungsgremium für friedenspolitische Fragen“ umzufunktionieren, von der Mehrheit der rund 30 im derzeitigen „Koordinierungsausschuß“ vertretenen Organisationen abgeschmettert worden.

Dieser Vorgang, der für die weitere Arbeit und — vor allem — die politische Ausrichtung der „Friedensbewegung“ von beträchtlicher Bedeutung sein dürfte, beleuchtet die enge Verfilzung des Führungsgremiums mit der SPD, den Grünen und — insonderheit — auch der DKP; denn die christlichen Gruppen begründeten ihren Auszug mit der einseitigen parteipolitischen Kopflastigkeit des „Koordinierungsausschusses“.

Damit ist für die breite Öffentlichkeit offenbar geworden, was bisher nur aus den Rednerlisten bei den Massenveranstaltungen der „Friedensbewegungen“ zu erkennen war — nämlich: daß sie von den drei genannten Parteien als Stoßtrupp im vorpolitischen Raum betrachtet und eingesetzt wurde.

Der Rückzug der christlichen Gruppen aus dem „Koordinierungsausschuß“ läßt die hehren Parolen der „Friedensbewegung“ plötzlich in einem ganz anderen, diffusen Licht erscheinen und dürfte manchen Mitläufer an der Teilnahme an künftigen Aktionen abschrecken, stellt MdB Willi Weiskirch fest.

Das aktuelle Buch

Begegnungen
mit Kurt Georg Kiesinger

Der frühere Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger vollendete 1984 sein 80. Lebensjahr.

Aus der Verbindung von persönlichen Beiträgen der Weggenossen — von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle bis Helmut Schmidt und Helmut Kohl — und zeitgeschichtlichen Zeugnissen entsteht in diesem Band ein breitgefächertes Bild seiner Persönlichkeit und seines politischen Wirkens.

Sein Leben erstreckt sich über den größten Teil unseres Jahrhunderts, über die beiden Weltkriege und den Aufbau der Bundesrepublik Deutschland, den er im Bundestag, als Ministerpräsident von Baden-Württemberg und als Bundeskanzler der Großen Koalition mitgestaltet hat. Ins Bild rückt Kurt Georg Kiesinger auch als Vorsitzender der Christlich Demokratischen Union, als führendes Mitglied des Europarates sowie mit seiner späteren Tätigkeit im Bundestag (1969 bis 1980). Von diesem Lebensweg erzählen Schul- und Studienfreunde, ehemalige Schüler des Rechtslehrers und Weggefährten, Mitarbeiter und Zeitgenossen aus der Weimarer Republik, der nationalistischen Diktatur und der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Zeugnisse von Deutschen und Ausländern, von bedeutenden Politikern, Gelehrten, Schriftstellern, Künstlern, und einige Beiträge aus Kurt Georg Kiesingers noch nicht veröffentlichten Erinnerungen fügen sich zum farbigen Bild eines ungewöhnlichen Lebens und eines stürmisch bewegten Jahrhunderts zusammen.

Dieses Buch ist auch als Geschenk, z. B. zur Auszeichnung langjähriger CDU-Mitglieder, geeignet.

Der Herausgeber ist Professor Dr. phil. Dieter Oberndörfer; es ist in der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, erschienen.

Zur Sache:

Die SPD treibt ein falsches Spiel Es geht gerechter zu beim Weihnachtsgeld

Vielen Arbeitnehmern werden in diesem Jahr von ihrem Weihnachtsgeld höhere Beiträge zur Sozialversicherung abgezogen. Die SPD versucht, daraus mit verdrehten „Informationen“ Kapital zu schlagen.

In Wirklichkeit bringt die stärkere Einbeziehung des Weihnachtsgeldes in die Sozialversicherungspflicht mehr Beitragsgerechtigkeit – und für viele Arbeitnehmer höhere Rentenan-sprüche.

Worum geht es?

Schon bislang – also auch unter der SPD-Regierung – waren Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld grundsätzlich sozialversicherungspflichtig. Es hing jedoch vom zufälligen Zahlungstermin ab, wie weit diese Zahlungen über der monatlichen Beitragsbemessungsgrenze lagen, das heißt wieviel tatsächlich beitragspflichtig war.

Beispiel: Herr Müller und Frau Maier hatten 1983 jeweils 45 000 Mark Jahres-Einkommen. Unterschiedlich waren nur die Termine, zu denen sie ihr Geld bekamen:

- Herr Müller erhielt 12 Monats-Einkommen zu je 3750 Mark – gleich 45 000 Mark Jahres-Einkommen. Er zahlte davon insgesamt 7785 Mark Beiträge in die Sozialversicherung.
- Frau Maier erhielt 12 Monats-Einkommen zu je 3200 Mark. Zusätzlich aber bekam sie im Juni ein Urlaubsgeld von 3300 und im November ein Weihnachtsgeld von 3300 Mark. Ihr Jahres-Einkommen betrug demnach gleichfalls 45 000 Mark. An die Sozialversicherung mußte sie jedoch nur 7116 Mark abführen.

Bei gleichem Jahresgehalt zahlte also Frau Maier – allein aufgrund der unterschiedlichen Termine – 669 Mark weniger in die Sozialversicherung als Herr Müller. – Das war ungerecht.

Daher wird seit dem 1. Januar 1984 nicht mehr die monatliche, sondern die jährliche Beitragsbemessungsgrenze herangezogen. Diese Neuregelung berücksichtigt, daß zum Beispiel das Weihnachtsgeld üblicherweise für die Arbeit eines ganzen Jahres gezahlt wird.

Außerdem sollte man nicht vergessen:

Wer zum Beispiel 1983 monatlich weniger als 2500 Mark – das war die Hälfte der damaligen Bemessungsgrenze – verdient hat, mußte schon bisher von seinem Weihnachtsgeld volle Rentenversicherungsbeiträge bezahlen. Er ist also von der Neuregelung nicht betroffen.

Keine Änderung ergibt sich auch für denjenigen, der über 5200 Mark – das ist die diesjährige monatliche Bemessungsgrenze – im Monat verdient; denn der zahlt ohnehin schon den Höchstbeitrag in die Sozialversicherung.

Mehr Beiträge bedeuten natürlich auch höhere Renten:

Wer aufgrund der alten Regelung jedes Jahr von insgesamt 3000 Mark Lohn oder Gehalt keine Beiträge in die Rentenversicherung gezahlt hätte, dem wären nach 40 Berufsjahren Monat für Monat weit über 100 Mark Rente entgangen.

Bleibt festzuhalten: Die Regierung Helmut Kohl hat mit ihrer Entscheidung für mehr Beitragsgerechtigkeit unter den Arbeitnehmern gesorgt.

CDU
// sicher
sozial
und frei

Lehrstellen-Rekord 1984

über
700 000

Auch 1984 ist wieder ein Rekord-Jahr: Noch nie hat es in der Bundesrepublik Deutschland so viele Lehrlinge gegeben. Noch nie hat es gleichzeitig so viele Ausbildungsplätze gegeben.

Seit die Regierung Helmut Kohl im Amt ist, konnte die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze um 70.000 erhöht werden. In Mark und Pfennig heißt das: Eine Milliarde Mark zusätzlich für die Berufsausbildung.

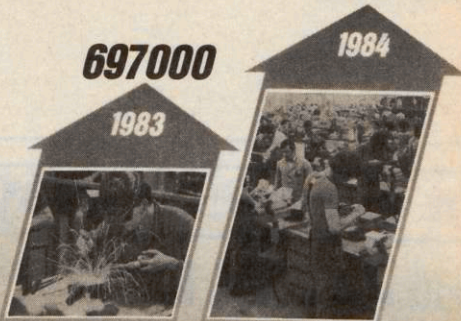
Bis zum 30. September 1984 konnten bereits 700.000 junge Menschen einen Ausbildungsvertrag abschließen. Das sind 92 Prozent aller Bewerber. Lediglich 58.000 Jugendliche suchen noch eine Lehrstelle. Doch die Arbeitsämter haben noch 21.000 offene Plätze zu vergeben. Und die Wirtschaft will ihr Angebot noch einmal erhöhen.

Auch die Bundesregierung hat kräftig zugelegt:

- Fast 30.000 Lehrlinge konnten in diesem Jahr ihre Berufsausbildung beim Bund beginnen.
- Die Mittel für das „Benachteiligtenprogramm“ wurden um 150 Prozent erhöht.
- Insgesamt stehen 1984 1,4 Milliarden Mark zur Förderung der Berufsbildung zur Verfügung.
- Von 1,67 Milliarden Mark für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen entfällt ein erheblicher Teil auf Jugendliche.

„Lehrstellenkatastrophe“ abgewendet

Geburtenstarke Jahrgänge und eine steigende Anzahl von Abiturienten, die statt eines Studienplatzes eine Lehrstelle suchen, haben die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen stark wachsen lassen. Die Bundesregierung hat angesichts dieser Situation auf dem Lehrstellenmarkt sofort gehandelt und dafür gesorgt, daß die von der SPD beschworene „Lehrstellenkatastrophe“ nicht stattfindet.



CDU
sicher
sozial
und frei

Kriegsopferrenten steigen wie die Renten der gesetzlichen Rentenversicherung

Das Bundeskabinett hat auf Vorschlag von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm beschlossen, daß die Kriegsopferrenten entsprechend der effektiven Rentenerhöhung der gesetzlichen Rentenversicherung ab 1. Juli 1985 um voraussichtlich 1,07 Prozent erhöht werden. Dieser Steigerungssatz ergibt sich aus dem seit 1970 bestehenden Dynamisierungsverbund, der sicherstellt, daß die Kriegsopferrenten immer im selben Maße steigen wie die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung. Betroffen von der Rentenerhöhung sind 1,7 Millionen Renten der Kriegs- und Wehrdienstopfer, der Impfgeschädigten und der Opfer von Gewalttaten. Den Bund kostet die Rentenerhöhung für ein Jahr rund 106 Millionen Mark.

Seerechtskonvention nicht unterschrieben

Die CDU/CSU-Fraktion begrüßt die Entscheidung der Bundesregierung, die Seerechtskonvention nicht zu zeichnen, erklärt der außenwirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Kittelmann: Die CDU/CSU hat ihre ordnungspolitischen Bedenken gegen die Regelungen des Abbaus der Tiefseebojensätze seit Jahren immer wieder geltend gemacht und ist der Auffassung, daß die erzielten Ergebnisse der Konvention nicht unseren nationalen Interessen entsprechen.

Die Nichtzeichnung ist kein Nein zur Konvention, sondern eine Aufforderung zur Verbesserung. Die CDU/CSU nimmt zur Kenntnis, daß die Bundesregierung nicht beabsichtigt, die Zeichnung der EG durch ein Veto zu verhindern.

UNION BETRIEBS GMBH
 POSTFACH 24 49
 5300 BONN 1
 POSTVERTRIEBSSTÜCK
 Z 8398 C
 GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITAT

Bittere Lehre für die SPD

Die Absage der hessischen Grünen an die SPD ist nicht nur eine Niederlage für Ministerpräsident Holger Börner und seine Landespartei. Sie trifft bundesweit alle SPD-Politiker, die die Zukunft ihrer Partei an der Seite der Grünen sahen. Das Präsidiumsmitglied Erhard Eppler, die Landesvorsitzenden im Saarland und in Niedersachsen, Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder, sowie der Frankfurter Oberbürgermeister-Kandidat Volker Hauff müßten jetzt eigentlich einsehen, daß für die SPD eine Zusammenarbeit mit den Grünen unmöglich ist.

Der Hauptverlierer ist jedoch der SPD-Vorsitzende Willy Brandt. Er träumte davon, mit Hilfe der Grünen eine neue Mehrheit links von der Union schaffen zu können. Das war wieder einmal eine Vision, die an der Realität gescheitert ist. Die Grünen sind weder bereit noch fähig zu Kompromissen, die Politik als Kunst des Möglichen wird von ihnen abgelehnt. Sie wollen keine Regierungsverantwortung

tragen, die es ihnen erst möglich machen würde, ihre annehmbaren Vorstellungen zu verwirklichen.

Die Grünen sind, wie auch die Vorgänge um ihre Kandidatenaufstellung in Frankfurt beweisen, ein zusammengewürfelter Haufen mit einigen Funktionären, die einen anderen Staat anpeilen. Einig sind sie jedoch darin, die ihnen zugefallene Macht auszunutzen und die ihnen nachlaufende SPD unter Druck zu setzen. Ob Brandt, Lafontaine und die anderen Sympathisanten der Grünen hinzugelernt haben? Man muß es bezweifeln, auch wenn schon bei den letzten Wahlen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen die Grünen und nicht die SPD den Vorteil von Brandts Annäherungskurs hatten.

Für Börner ist die Abfuhr nach seinem Unfall, den er mit dem eingestandenen Verlust an Glaubwürdigkeit bezahlt hat, besonders bitter. Nun ist es auch noch möglich, daß ihn die radikale hessische SPD-Basis zu weiterem Nachgeben drängt. Andererseits wird es derzeit keine Mehrheit für ein Mißtrauensvotum gegen den Regierungschef mit der dann drohenden Parlamentsauflösung geben. Die Entscheidung, wie es in Hessen weitergeht, wird vermutlich erst nach den Kommunalwahlen am 10. März fallen.

Abendpost-Nachtausgabe, 22. November 1984

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UId